
Rudolf Scharping

Es wird Zeit für eine neue Regierung

Rudolf Scharping, geb. 1947 in Niederelbert/Westerwald, ist Vorsitzender der SPD und Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz.

Der Lebensstandort Deutschland ist gefährdet. In den nächsten Jahren müssen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Sicherung und teilweise Wiederherstellung des Sozialstaates sowie die Sanierung der öffentlichen Finanzen im Mittelpunkt der Politik stehen. Damit eng verbunden werden muß ein dauerhaftes Umsteuern in der Umweltpolitik, das auf gesellschaftlichem Konsens und gesellschaftlicher Einsicht beruht. Das sind die vier großen Herausforderungen, die die Regierung Kohl nicht zu erkennen vermochte und angesichts derer sie in den letzten Jahren kläglich versagte. Es wird Zeit für einen neuen Aufbruch, für neue Ideen und Impulse - für eine neue Regierung.

Die Kräfte bündeln

Wer sich ernsthaft mit der Ausgangssituation beschäftigt, wird schnell feststellen, daß die skizzierten Aufgaben nicht in einer Legislaturperiode bewältigt werden können.

Rund vier Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 1994, etwa sechs Millionen fehlende Arbeitsplätze, 3,8 Millionen Sozialhilfeempfänger und zwei Millionen fehlende Wohnungen sind nüchterne Daten, die den sozialen Sprengstoff unserer Gesellschaft beschreiben.

Ungelöste Strukturprobleme, ineffektives und ungerechtes staatliches Finanzgebahren, eine zu zögerliche technologische Entwicklung und fortschreitende Umweltzerstörung gehören zu den Problemen, die gelöst werden müssen, soll der Sprengstoff nicht explodieren.

Lösungen müssen gefunden werden angesichts und trotz einer Staatsverschuldung, die zur Handlungsunfähigkeit der Politik führen könnte. Deutschland schiebt einen öffentlichen Schuldenberg von zwei Billionen Mark vor sich her. Im Jahr 1994 muß der Staat über 140 Milliarden Mark nur für Zinsen aufbringen, das ist jede fünfte Steuermark.

Sowohl Sozialdemokraten als auch Gewerkschafter wissen, daß der Handlungsspielraum jeder Regierung durch den Zustand der öffentlichen Finanzen stark eingeschränkt wird. Trotzdem sind erhebliche staatliche Anstrengungen notwendig, um die Bedingungen für notwendige private Investitionen zu verbessern, die aktive Arbeitsmarktpolitik auf eine stabile Grundlage zu stellen und die Fundamente des Sozialstaates zu sichern. Das bedeutet für die nächsten Jahre: Der Staat muß Kräfte bündeln und sich auf wesentliche Aufgaben konzentrieren. Im folgenden will ich skizzieren, welche Maßnahmen nun dringend angepackt werden müssen.

Für mehr Beschäftigung sorgen

Die Schaffung möglichst vieler neuer Arbeitsplätze bildet die Grundlage einer erfolgreichen Politik der nächsten Jahre. Dafür sind zahlreiche Maßnahmen erforderlich.

Die schwachen, vor allem durch die Steigerung der Auslandsnachfrage verursachten Aufschwungtendenzen 1994 reichen voraussichtlich nicht einmal aus, die zu erwartenden Arbeitsplatzverluste auszugleichen. Eine Stärkung der Binnenkonjunktur ist daher unbedingt erforderlich. Die öffentliche Hand kann dazu beitragen, indem sie Investitionen in die Infrastruktur vorzieht. Weitere Kürzungen im sozialen Bereich hingegen würden zu einer weiteren Schwächung der Inlandsnachfrage führen. Sie sind aus wirtschaftlichen und aus sozialen Gründen abzulehnen. Andere Möglichkeiten der Haushaltsumschichtung sind zu prüfen: So sind beispielsweise bei den Verteidigungsausgaben längst nicht alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft.

Die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können durch eine Senkung der Lohnnebenkosten erhöht werden. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sind deshalb auf Rekordhöhe, weil durch sie zum großen Teil arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die aufgrund der Folgen der deutschen Einheit notwendig sind und die somit gesamtgesellschaftlich getragen werden müßten, finanziert werden. Daß aktive Arbeitsmarktpolitik notwendiger denn je ist, daran besteht kein Zweifel. Weitere Kürzungen wären unsinnig. Wir müssen aber ihre Finanzierung neu regeln. Eine Umstellung der Finanzierung auf allgemeine Steuermittel führt zu einer Senkung der Beiträge und damit der Lohnnebenkosten. Das kräftigt die Binnenkonjunktur.

Deutschland leistet sich steuerliche Subventionen, die wirtschaftlich und vor allem sozial nicht begründbar sind. Hier muß eine solide Finanzpolitik ansetzen. Von der steuerlichen Subventionierung von Geschäftsessen bis hin zu den Schlupflöchern in Bilanzierungsvorschriften — alle Möglichkeiten, den Fiskus zu umgehen, aber auch viele hebgewonnene Privilegien müssen auf den Prüf stand. Wer aber heute Privilegien kritisiert, wird als „leistungsfeindlich“ diffamiert, wer mehr Steuergerechtigkeit verlangt, wird der „Gleichmacherei“ gescholten. Diese Blockade aufzubrechen, Gerechtigkeit wieder öffentlich zu thematisieren, sie zum Maßstab der Politik zu machen, ist die Aufgabe einer neuen Bundesregierung.

Nationale Lösungen haben in der Europäischen Union nur eine begrenzte Reichweite. Die Delors-Initiative für die Europäische Union gilt es deshalb mit Nachdruck voranzutreiben. Die davon ausgehenden Impulse für alle Mitgliedsstaaten kommen sowohl der deutschen Binnenkonjunktur als auch der Exportwirtschaft zugute.

Technische Innovationen vorantreiben

In der technischen Entwicklung hegt ein großes Innovationspotential. Deutschland muß mit der Entwicklung nicht nur Schritt halten, sondern vorgehen. Anders ist ein Spitzenplatz unter den wirtschaftlich stärksten Nationen nicht zu halten. Da hegt unsere Zukunft, nicht im Sozial- oder Umweltdumping. In vielen Bereichen gibt es einen hervorragenden Standard, aber wer ihn halten will, muß in Bewegung bleiben.

Hier ist auch der Staat gefordert. In erster Linie ist er für eine moderne Infrastruktur verantwortlich. Die ist in Deutschland vorhanden und doch besteht ein hoher Investitionsbedarf. Bei der Energieerzeugung, der Abfallentsorgung und -Verwertung sowie bei den Verkehrssystemen hat die Zukunft in Deutschland noch nicht begonnen. Im gesamten Umweltschutz ist technisch weit mehr machbar, als zur Zeit getan wird. Bei der Telekommunikation erleben wir zur Zeit eine technische Revolution. Die Probleme der Post resultieren vor allem daraus, daß die Regierung Kohl hier nicht in die Zukunft investierte.

In diesen Bereichen können mehrere hunderttausend Arbeitsplätze geschaffen werden. Zur Zeit wird insgesamt viel zu halbherzig investiert. Bei den Verkehrssystemen drängt sich der Eindruck auf, daß der Staat erst dann investiert, wenn es absolut unvermeidlich scheint und dabei dem neuesten Stand der Technik immer hinterherhechelt. Ein europaweites, schnelles Fernbahnsystem als wirkliche Alternative zu Auto und Flugzeug könnte längst Wirklichkeit sein. Ein anderes Beispiel: Deutschland steckt Millionen in die bemannte Raumfahrt, aber die Kommunen werden mit der Bewältigung des täglichen Verkehrschaos alleingelassen. Dabei bietet die heutige Technik die Möglichkeit, intelligente Verkehrsleitsysteme zu entwickeln. Nur: Der Auftrag muß vom Staat kommen. Dieses Projekt endlich konsequent anzugehen, hieße, Arbeitsplätze zu schaffen und die Umwelt wirksam zu entlasten.

Oder: Im Bereich der Abfallentsorgung und -Verwertung gibt es bereits intelligente Konzepte, die ohne Investitionen der öffentlichen Hand aber nie in großem Stil verwirklicht werden. Experten haben immer wieder darauf hingewiesen, daß die Einführung des Dualen Systems ein Schritt in die falsche Richtung war. Die Technik ist oft weiter als die Regierenden. Gleiches gilt für umweltschonende Produktionsverfahren und Produkte.

Auf dem Gebiet der Energieerzeugung haben Atomkraftwerks-Ruinen Milliarden verschlungen. Für die Umwelt und für die Schaffung von Arbeitsplätzen wäre es besser, künftig den Schwerpunkt staatlicher Aufträge auf regenerative Energiequellen zu setzen. Auch mit Umweltauflagen ließe sich mehr bewegen. Das serienreife Drei-Liter-Auto kommt erst, wenn der Staat einen klaren Rahmen mit der Automobilindustrie vereinbart.

Niemand investiert, wenn es sich für ihn nicht rechnet. Der Staat kann einiges dafür tun, die Rahmenbedingungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen zu verbessern. Notwendig ist vor allem Verlässlichkeit, nicht verworrene Entscheidungswege und Topfchenwirtschaft. Ein klar konturiertes Programm zur Förderung arbeitsplatzschaffender Investitionen muß über mehrere Jahre zu gleichen Bedingungen laufen. Für neue, kapitalintensive Kleinbetriebe muß die Bereitstellung von Risikokapital verbessert werden. Und wer in Ostdeutschland investieren will, muß Informationen und mögliche Fördermittel aus einer Hand bekommen können. Zur Zeit gibt es eine unübersichtliche Vielfalt von Fördertöpfen. Wichtig ist auch die Stärkung der industriellen Gemeinschaftsforschung für diejenigen Unternehmen, die nicht in der Lage sind, eigene Forschungskapazitäten zu unterhalten.

Eine Offensive für Bildung und Ausbildung

Innovation ist ohne Investition in die Menschen, in ihre Bildung und Ausbildung nicht zu haben. Zur Infrastruktur einer modernen Industriegesellschaft gehört ein umfassendes Bildungs- und Ausbildungsangebot. Hier sind Staat und Wirtschaft gleichermaßen gefordert. Die allgemeine Bildung ist wesentlich die Sache des Staates, er hat für Chancengleichheit und Qualität zu

bürgen. Berufliche Bildung ist wesentlich Sache der Unternehmen, die zu mehr Anstrengungen aufgerufen sind. Der Staat kann aber mehr Anreize bieten, damit möglichst viele junge Menschen eine Berufsausbildung erhalten. Um das duale System der beruflichen Bildung wird Deutschland zu Recht beneidet. Wer sich genauer damit befaßt, kennt auch die Mängel, vor allem im Bereich der Berufsschulen. Materielle und inhaltliche Verbesserungen sind erforderlich. Insbesondere sollten im Rahmen der Ausbildung auch mehr allgemeine Qualifikationen und ein breiteres fachliches Grundlagenwissen vermittelt werden.

Angesichts der technologischen und gesellschaftlichen Entwicklung wird Weiterbildung immer wichtiger. In diesem Bereich benötigen wir ein Mischsystem öffentlicher und privater Weiterbildungseinrichtungen, das zur vierten Säule des Bildungswesens werden muß. Es ist staatliche Aufgabe, dafür den Rahmen zu setzen, nicht aber zu hundert Prozent die finanziellen Mittel bereitzustellen. Die staatliche Einflußnahme muß dazu führen, daß lebenslanges Lernen zur Normalität wird.

Dringend verbesserungsbedürftig ist die staatliche Forschungsförderung. Die zur Zeit praktizierte Kürzungspolitik muß endlich beendet werden; gezielt gilt es, die Erforschung umweltverträglicher Zukunftstechnologien zu fördern. Dazu muß der Staat seine Moderatorenrolle wahrnehmen und für eine bessere Kooperation zwischen Unternehmen, Wissenschaft und Gewerkschaften sorgen. In die Menschen zu investieren, in ihre Fähigkeiten, ihr Wissen, ihre Motivation und ihren Erfindergeist, stärkt den Lebensstandort Deutschland.

Den Staat modernisieren

Der Staat muß aber auch seine ureigenen Aufgaben vernünftig erledigen. Im Rahmen des notwendigen Strukturwandels soll der Staat einen Zukunftsdialo g organisieren und zur Schaffung eines innovativen Klimas beitragen. Daraus folgt die Überprüfung des Verhältnisses von staatlichen und privaten Leistungen und von Funktionen der öffentlichen Verwaltung. Dabei darf „lean administration“ ganz sicher nicht „dünn“ oder „dürftig“ bedeuten. Die notwendigen Reformen dürfen kein planloses Sparen oder Abschaffen sein. Aber: Eine Modernisierung der öffentlichen Verwaltung ist notwendig. Zu lange Genehmigungsverfahren, ineffiziente Hierarchien und Entscheidungswege, zu wenig Verantwortung des einzelnen und oft mangelnde Bürgernähe führen zu Mängeln, die letztlich auch dem Wirtschaftsstandort schaden. Das ist keine Kritik an den Beschäftigten, die sich oft unter sehr schwierigen Bedingungen um Effektivität bemühen müssen. Über die notwendigen Schritte wollen wir uns mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verständigen.

Handeln für Ostdeutschland

Zur Lösung der besonders dramatischen wirtschaftlichen Probleme und zur Überwindung der schmerzlichen sozialen Ungerechtigkeiten in Ostdeutschland sind Initiativen für den Aufbau Ostdeutschlands überfällig. Sie würde

eine SPD-geführte Bundesregierung bereits in den ersten 100 Tagen auf den Weg bringen.

Dazu gehört der unbedingte Vorrang für die Sanierung: Die gewerkschaftliche Kritik an der Treuhandpolitik deckt sich in den Grundzügen mit der der SPD. Die meisten Fehler sind nicht mehr reparabel. Jetzt muß es geringen, die noch verbliebenen Betriebe in einem überschaubaren Zeitrahmen zu sanieren und marktfähig zu machen. Dafür müssen die notwendigen Finanzmittel bereitgestellt und die Altschulden abgelöst werden. Gleichzeitig muß die öffentliche Hand schwerpunktmäßig in Ostdeutschland investieren. In einem Punkt hat die Bundesregierung in den neuen Bundesländern wirklich ganze Arbeit geleistet: Das Forschungspotential wurde fast vollständig zerschlagen. Sein Neuaufbau ist kostspielig, aber es gibt keine Alternative. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, ein Zukunftsinvestitionsprogramm Arbeit und Umwelt sowie die Überwindung der Ungerechtigkeiten bei der Nutzung von Wohnungen und Freizeitgrundstücken und der Entwicklung der Mieten gehören ebenfalls zu unseren vorrangigen Initiativen.

Aktive Arbeitsmarktpolitik unverzichtbar

Wer sich zur Zeit beim Arbeitsamt um eine Umschulung oder eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bemüht, wird eine schmerzliche Erfahrung machen. In vielen Arbeitsamtsbezirken sind die Gelder bereits verbraucht. Die durch die Bundesregierung veranlaßten Kürzungen wirken sich massiv aus. Sie helfen nicht und schaden viel. Die aktive Arbeitsmarktpolitik hingegen dient dazu, Brücken in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu bauen. Bei rund vier Millionen Arbeitslosen müssen die notwendigen Finanzmittel dafür erhöht werden. Gerade Umschulung und Weiterbildung sind auszuweiten. Um die Finanzierung gerechter zu gestalten und sie auf eine breite Basis zu stellen, wird eine SPD-geführte Bundesregierung die Arbeitsmarktpolitik aus allgemeinen Steuermitteln bezahlen. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung können dadurch gesenkt werden.

Den Sozialstaat sichern

Deutschland braucht eine Offensive für Arbeitnehmerrechte und für den Erhalt des Sozialstaates. Sollte die konservativ-liberale Koalition nochmals ein Mandat für vier Jahre Regierungszeit erhalten, hätte dies fatale Auswirkungen. Denn die Konservativen würden dies als die Bestätigung ihrer Politik begreifen. Sie verlören die letzten Hemmungen, den Sozialstaat zu demonstrieren und Arbeitnehmerrechte abzubauen. Tarifautonomie, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Mitbestimmungsrechte, die solidarische Absicherung der großen Lebensrisiken - alles, was nicht ins konservative, vor allem aber radikal-liberale Weltbild paßt, stünde zur Disposition. Die Gegenwehr der Gewerkschaften allein könnte nicht ausreichen, die jetzt schon bekannten Pläne zu verhindern. Die Auseinandersetzung um den Anti-Streik-Paragraphen 116 hat gezeigt, daß Konflikte von denjenigen gewonnen werden, die auf die politische Mehrheit bauen können.

Dabei gibt es eine Reihe notwendiger Reformen, die angegangen werden müssen, um den Sozialstaat zu stabilisieren und die soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Dazu gehört eine Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes entsprechend den veränderten Bedingungen. Bei der Einführung und Anwendung neuer Technologien benötigen Betriebsräte ein qualifiziertes Mitbestimmungsrecht. Soll die Betriebsverfassung ein Instrument echter Kooperation sein, muß die Mitsprache des Betriebsrates ein wirkliches Mitbestimmungsrecht auf allen relevanten Ebenen sein. Dies gilt ebenfalls für den gesamten Arbeitsschutzbereich.

Das Arbeitskampfrecht in Deutschland hat Schlagseite. Der Paragraph 116 Arbeitsförderungsgesetz hat die Kräfteverhältnisse deutlich zugunsten der Arbeitgeber verschoben. Das gilt es rückgängig zu machen. Das Ziel muß wirkliche Kampfparität sein.

Die Bundesregierung hat in diesem Jahr ein neues Arbeitszeitrecht durchgepaukt, das in vielen Punkten die Position der Arbeitnehmer verschlechtert und zudem Arbeitszeiten ermöglicht, die angesichts sechs Millionen fehlender Arbeitsplätze völlig unangebracht sind. Für die Gleichbehandlung von Teilzeitarbeitnehmern hat sie bislang keinen Finger gerührt. Eine vernünftige Reform muß einen gesetzlichen Rahmen geben, der den Arbeitnehmern möglichst viel Zeitsouveränität gibt und es den Tarifvertragsparteien erleichtert, durch vernünftige Arbeitszeitvereinbarungen Beschäftigung zu sichern und neu zu schaffen.

Die Staatsfinanzen sanieren

Keine Bundesregierung, auch keine sozialdemokratisch geführte, kann an der Verschuldung der öffentlichen Hand vorbeihandeln. Das kann aber nicht bedeuten, daß wir uns von der notwendigen Weiterentwicklung und Modernisierung des Sozialstaates verabschieden dürfen. Schon verfassungsrechtlich ist die steuerliche Freistellung des Existenzminimums geboten. Dies muß unverzüglich umgesetzt werden, um den Skandal zu beenden, daß auf kleinste Einkommen noch Steuern gezahlt werden müssen. Die Familienförderung muß umgestellt werden. Durch die Praxis der Kinderfreibeträge werden Bezieher höherer Einkommen bevorteilt, dem Staat sind deren Kinder offenbar mehr wert. Mit einem erhöhten Kindergeld von 250 Mark ab dem ersten Kind statt der Freibeträge kann soziale Gerechtigkeit bei der Familienförderung hergestellt werden. Unser Vorschlag eines einkommensunabhängigen Kindergelds wäre aber nicht nur sozial gerechter, sondern es würde auch die Behörden von unnötiger Verwaltungsarbeit entlasten und so dazu beitragen, daß die hier investierten Steuergelder tatsächlich den Familien zukommen würden.

Die amtierende Bundesregierung will ab dem 1. Januar 1994 einen Solidaritätszuschlag in Höhe von 7,5 Prozent der Einkommensteuerschuld auf alle Einkommen erheben. Dies würde Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen nochmals stark belasten. Die SPD will den Solidaritätszuschlag durch eine

Ergänzungsabgabe von zehn Prozent ersetzen. Durch Einkommensgrenzen in Höhe von 60 000 Mark Jahreseinkommen bei Ledigen und 120 000 Mark bei Verheirateten werden dann 80 Prozent aller Steuerpflichtigen von der Zahlung der Abgabe ausgenommen. Zusätzlich sind Steuerentlastungen für kleinere und mittlere Einkommen notwendig. Den Vorteil des Ehegattensplittings will die SPD nach oben begrenzen. Insgesamt kann so durch Umstellungen und Umschichtungen des Steuersystems mehr Gerechtigkeit bei gleichzeitiger Entlastung vieler Menschen erreicht werden.

Ein Kassensturz ist notwendig

Eine SPD-geführte Bundesregierung muß als erstes einen Kassensturz machen. Reformpolitik benötigt eine solide Finanzpolitik. Erst nach dem Kassensturz, nach dem Auflösen der Schattenhaushalte läßt sich beurteilen, wie groß der finanzielle Spielraum ist. Fest steht: Sämtliche steuerliche Privilegien stehen auf dem Prüfstand. Die Neuverschuldung muß mittelfristig zurückgeführt werden, für eine Erhöhung der Steuer- und Abgabenquote gibt es absolut keinen Spielraum. Eine nachhaltige Sanierung der Staatsfinanzen ist erst möglich, wenn es gelingt, Wirtschaftswachstum und Zunahme der Beschäftigung zu erreichen. Darauf muß sich die Politik in den nächsten Jahren konzentrieren.

Notwendige Maßnahmen für wirtschaftliche Impulse sowie mehr soziale Gerechtigkeit sind nicht grundsätzlich mit höheren Ausgaben verbunden. Sie können durch Umschichtungen finanziert werden. Höhere Steuereinnahmen bei stärkerem Wachstum und zunehmender Beschäftigung müssen dann zur Rückführung der Staatsverschuldung führen. Der Weg ist schmal. Kostenträchtige Reformen kann es daher mittelfristig nicht geben. Dies vor Wahlen deutlich zu sagen, gebietet die Ehrlichkeit.

Doch all diese Bedenken dürfen uns nicht an einer gründlichen Kurskorrektur hindern, denn die Gesellschaft steht vor der Spaltung in Gewinner und Verlierer. Viele Arbeitslose haben zur Zeit überhaupt keine Lebensperspektive, viele Arbeitnehmer haben Angst um den Arbeitsplatz. Die Zahl derjenigen, die nicht wissen, was ihnen die Zukunft bringt, steigt. Die größere Anzahl derjenigen, denen es gut geht, darf uns darüber nicht hinwegtäuschen. Ohne Umsteuern sind harte soziale Konflikte programmiert. Konsequente gewerkschaftliche Interessenvertretung wird immer schwieriger. Allein schon aus diesen Gründen werden die deutschen Gewerkschaften - dessen bin ich mir sicher - ein massives Interesse an einer anderen Politik haben. Mit den skizzierten Wachstumsimpulsen, der Modernisierung der Wirtschaft, dem ökologischen Umbau und sozialer Gerechtigkeit ist ein Umsteuern in dieser Gesellschaft möglich - und notwendig.